

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Elke Ferner, Ingrid Becker-Inglau, Tilo Braune,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/4019 –**

Telematik im Verkehr

und

**zu dem Antrag der Abgeordneten Albert Schmidt (Hitzhofen),
Rainder Steenblock, Gila Altmann (Aurich), weiterer Abgeordneter
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/4441 –**

Telematik für die Verkehrswende nutzen

A. Problem

Die SPD-Fraktion fordert mit ihrem Antrag, den Einsatz der Telematik im Verkehrsbereich mit folgenden Zielen voranzutreiben: Verbesserung der Verkehrssicherheit, gerechte Anlastung der Infrastruktur-, Umwelt- und sozialen Kosten des Straßengüterverkehrs, Unterstützung kommunaler Verkehrsmanagementprojekte, Verknüpfung der kommunalen Verkehrsträger, neue Logistikkonzepte im Transportwesen sowie bessere Verknüpfung der Verkehrsträger. Zudem soll die Anwendung der Telematik auf den am stärksten befahrenen transeuropäischen Netzen sowie in zehn Großstädten unterstützt werden. – In dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird die Bundesregierung aufgefordert, die weitere Entwicklung und den Einsatz telematischer Instrumente dem Ziel einer ökologischen Verkehrswende unterzuordnen. Vorrangig seien der Umweltverbund – Bus und Bahn, Fußgänger- und Fahrradverkehr – zu fördern und verkehrsbedingte Umweltbelastungen abzubauen. Ziele müßten sein: Förderung des Umweltverbundes, Nutzung der Telematik im Güterverkehr sowie Verhinderung des Mißbrauchs von Telematik beim Pkw-Verkehr.

B. Lösung

Der Ausschuß empfiehlt, die Anträge abzulehnen.

Mehrheit im Ausschuß**C. Alternativen**

Annahme des Antrags auf Drucksache 13/4019 oder des Antrags auf Drucksache 13/4441.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
die Anträge – Drucksachen 13/4019 und 13/4441 – abzulehnen.

Bonn, den 6. November 1996

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst

Vorsitzender

Georg Brunnhuber

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Georg Brunnhuber

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 101. Sitzung am 25. April 1996 den Antrag auf Drucksache 13/4019 federführend an den Ausschuß für Verkehr und mitberatend an die Ausschüsse für Wirtschaft, für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, für die Angelegenheiten der EU sowie den Haushaltsausschuß überwiesen. In der gleichen Sitzung hat er den Antrag auf Drucksache 13/4441 federführend an den Ausschuß für Verkehr sowie mitberatend an die Ausschüsse für Wirtschaft, für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, für Fremdenverkehr und Tourismus sowie an den Haushaltsausschuß überwiesen.

Zum Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/4019 gingen folgende Voten ein: Der Ausschuß für Wirtschaft empfahl am 9. Oktober 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfahl am 17. Oktober 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS, den Antrag abzulehnen. Der Ausschuß für Bil-

dung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung empfahl am 12. Juni 1996 gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS Ablehnung. Der Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union empfahl am 26. Juni 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung. – Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 13/4441, empfahl der Ausschuß für Wirtschaft am 9. Oktober 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. bei Enthaltung der Gruppe der PDS und bei Abwesenheit der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit empfahl am 17. Oktober 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Stimmenthaltung der Gruppe der PDS Ablehnung. Der Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung empfahl am 12. Juni 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten der Gruppe der PDS sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD Ablehnung. Der Ausschuß für Fremdenverkehr und Tourismus empfahl am 9. Oktober 1996 mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU

gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion der SPD und Abwesenheit des Mitglieds der Fraktion der F.D.P. und des Mitglieds der Gruppe der PDS Ablehnung. Der Haushaltsausschuß empfahl am 19. Juni 1996 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD Ablehnung.

II.

Der Ausschuß für Verkehr beriet in seiner 40. Sitzung am 6. November 1996 über beide Anträge. Die Fraktion der SPD bedauerte, daß es trotz einiger inhaltlicher Übereinstimmungen mit den Koalitionsfraktionen nicht zu einem einheitlichen Antrag gekommen sei, und warf den Koalitionsfraktionen einen falschen verkehrspolitischen Ansatz vor. Wenn mit Hilfe der Telematik der Straßenverkehr gefördert, dagegen nichts zur Verkehrsvermeidung und zur Verlagerung des Verkehrs auf umweltverträgliche Verkehrsmittel getan werde, sei der Verkehrskollaps vorprogrammiert. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wies auf die einzelnen in ihrem Antrag aufgeführten Forderungen zum Einsatz der Telematik hin und betonte, ihre Fraktion habe zu diesem Thema eine differenzierte Einstellung und lehne eine Telematikeuphorie ab. Telematik sei kein Instrument des Krisenmanagements auf der Straße. Ihr Einsatz sei nur dann sinnvoll, wenn er der Realisierung der übergeordneten Ziele einer Verlagerung und Vermeidung von Verkehr diene, zum Beispiel durch die Optimierung integrierter Verkehrskonzepte sowie die Lösung von Schnittstellenproblemen im Bereich des ÖPNV. Die Koalitionsfraktionen betonten einerseits, sie

stimmten teilweise mit dem Antrag der Fraktion der SPD überein, zum Beispiel im Hinblick auf die Zielsetzungen, den Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu verlagern und diese zu vernetzen. Die Fraktion der SPD wolle die Telematik jedoch ausschließlich zur Vermeidung und Verhinderung von Individualverkehr einsetzen. Nach Auffassung der Koalitionsfraktionen sollten telematische Einrichtungen dagegen zur Verbesserung des Verkehrsflusses beim Individualverkehr genutzt werden. Man könne den Anträgen der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher nicht zustimmen, sei jedoch optimistisch, daß sich die Standpunkte von Koalition und Opposition weiter annähern würden. Die Gruppe der PDS bemerkte, die Haltung der Koalitionsfraktionen zur Telematik werde im Ergebnis den Kraftfahrzeugverkehr verdichten, nicht jedoch zu dessen Verlagerung und Reduzierung beitragen. Viele Verkehrsprobleme würden durch eine Verknappung personeller und finanzieller Ressourcen hervorgerufen und seien nicht durch den Einsatz von mehr Elektronik zu lösen.

Der Ausschuß lehnte den Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/4019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS ab.

Der Ausschuß lehnte den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 13/4441 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eines Mitglieds der Gruppe der PDS bei Enthaltung der Fraktion der SPD und eines Mitglieds der Gruppe der PDS ab.

Bonn, den 6. November 1996

Georg Brunnhuber

Berichterstatte